

Beschäftigte sind misstrauisch

IHRE FORDERUNG...

POSTDIENSTLEISTUNGEN – Rund 30 000 Postler*innen vor dem Brandenburger Tor

Ein Meer von ver.di-Fahnen wehte am 9. Oktober zur Mittagszeit vor dem Brandenburger Tor. Rund 30 000 Postbeschäftigte, weitgehend in ihrer Dienstkleidung und mit vielen Schildern, Fahnen und Transparenten, waren an diesem Tag nach Berlin gekommen, die Straße des 17. Juni im Herzen Berlins war eng gefüllt mit Menschen.

Dafür hatten sie weite Wege auf sich genommen. Aus Stuttgart, Dortmund, Köln, Hannover, Bremen, München, Bonn, Leipzig und vielen anderen Orten der Republik kamen die Busse angerollt, die die Demonstrierenden in die Hauptstadt brachten. Und das, obwohl noch gar kein Gesetzentwurf zur Novellierung des Postgesetzes vorliegt. Aber die Angst vor den Folgen ist groß, wie die Mobilisierung zeigt. Allerorten blieben Briefe und Pakete an diesem Tag liegen.

Angekündigt ist die Reform des Postgesetzes im Koalitionsvertrag der Ampelregierung. Sozial-ökologische Standards sollen dabei weiterentwickelt und der faire Wettbewerb gestärkt werden, so die Ankündigung. Doch die Beschäftigten sind misstrauisch. Das Briefaufkommen sinkt, sie befürchten, dass durch die Novellierung der Druck auf ihre Arbeitsbedingungen wächst. Weniger Zustelltage, mehr Druck durch Billigkonkurrenz – und damit letztendlich schlechtere Bezahlung und der Verlust von Jobs.

„Wir fordern eine Novellierung des Postgesetzes, die sowohl den



Beschäftigten in der Branche als auch der breiten Bevölkerung gerecht wird. Der Erhalt des Umfangs des Universaldienstes zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit Briefen und Paketen ist unabdingbar. Eine Aushöhlung der postalischen Daseinsvorsorge darf es nicht geben. Die Finanzierung muss auf sicherer Basis stehen“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bei der Kundgebung.

Bereits jetzt gibt es Kräfte in Politik und Wirtschaft, die sich für eine Stärkung des Wettbewerbs im schrumpfenden Briefmarkt stark machen. „Die Folgen einer wirtschaftsliberalen Novelle des Postgesetzes wären für die Beschäftigten bei der Deutschen Post AG sowie

bei anderen tarifierten Postdienstleistern katastrophal“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis von den Demonstrierenden. Eine Ausweitung des Wettbewerbs würde über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ausgetragen. Damit würde die Grundlage für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen entzogen, und zehntausende Arbeitsplätze wären in Gefahr.

Die Postbeschäftigten sind bereit, für ihre Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen, das hat die Kundgebung gezeigt. Daher werden sie ganz genau hinschauen, wenn der Gesetzentwurf veröffentlicht wird.

Heike Langenberg

p.sl.verdi.de/branche/postgesetz

... für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder stellt die Bundes-tariffkommission für den öffentlichen Dienst von ver.di am 11. Oktober auf – also nach Drucklegung dieser Ausgabe der ver.di news. Doch auf der Seite **zusammen-geht-mehr.verdi.de** findet ihr alle aktuellen Infos. Denn immerhin geht es um Mehr für 1,2 Millionen Tarifbeschäftigte und 1,3 Millionen Beam*tinnen in 15 Bundesländern – nur Hessen ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Grundlage für die Forderungsdiskussion ist übrigens eine Beschäftigtenbefragung, an der sich in den vergangenen Wochen über 66 000 Beschäftigte beteiligt haben. Klar ist jetzt schon, dass wir in der Tarifauseinandersetzung nur gewinnen können, wenn sich viele Beschäftigte beteiligen und für ihre Forderungen einsetzen.

Wiedersehen

„Wenn wir das nicht sehen im Entwurf für das Postgesetz, dann war das hier nicht die letzte Kundgebung.“

LUFTVERKEHR
Dem Motto nicht gerecht
Auch Beschäftigte bei der Transformation einbeziehen
SEITE 2

BILDUNG
Faschos tanzen auf Tischen
Mittelkürzungen drohen
SEITE 3

SELBST-VERWALTUNG
Generelle Genehmigung
Teilnahme an Fortbildungen erleichtern
SEITE 4

LOGISTIK
Fahrer beenden ihren Protest
Polnischer Unternehmer zieht Anzeige zurück
SEITE 5

ISRAEL
Terror nicht zu rechtfertigen
ver.di-Vorsitzender versichert Gewerkschaften Solidarität
SEITE 6

NACHLESE
Nachhaltige Organisation
Weitere Beschlüsse des ver.di-Bundeskongresses
SEITE 7+8

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke kündigt bei der Kundgebung am 9. Oktober weitere Proteste der gesamten ver.di an, wenn der Gesetzentwurf die Bedingungen für die Postbeschäftigten verschlechtert

Eren

(jm) Was an Eren Keskin sofort beeindruckt, ist ihre Gemütsruhe. Wie es in ihr drinnen aussieht, trägt diese elegante Frau nur selten nach außen. Dabei steht die kurdische Menschenrechtsanwältin und Aktivistin seit Jahrzehnten mit einem Bein im türkischen Gefängnis. Seit über 30 Jahren setzt sich Eren Keskin für Minderheiten in ihrem Land ein. Sie kämpft für die Pressefreiheit in der Türkei und für die Rechte von Frauen sowie der LGBTQ+-Szene; sie wendet sich unermüdet gegen Folter und die staatlich sanktionierte sexualisierte Gewalt. Das liest sich leichter, als es in der Praxis aussieht. Die Zuschauer erfahren die Härte ihres Berufs schon, wenn sie telefoniert. Sie beschreibt in ruhigen, aber entsetzlichen Worten, was türkischen sowie kurdischen Frauen im Einzelnen blüht, sollten sie der Staatsmacht in die Quere kommen, es sind Schilderungen von brutaler Folter. Wir hören von kleinen Erfolgen und großer Pein. Regisseurin Maria Binder portraitiert die Frau mit dem markanten Lidstrich, indem sie ihr im Alltag folgt und ihre große Ausstrahlung wirken lässt; besonders berührend sind die Besuche bei ihrer Mutter, die kurz nach den Dreharbeiten verstarb.

EREN, DEUTSCHLAND 2022. REGIE MARIA BINDER, KAMERA: MERYEM YAVUZ. LÄNGE 95 MINUTEN, START 5. OKTOBER 2023

Dem Motto nicht gerecht

LUFTVERKEHR – Auch Beschäftigte bei der Transformation einbeziehen

(pm) Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle hat kritisiert, dass die Schwerpunkte der 3. Nationalen Luftfahrtkonferenz zu stark technologisch geprägt gewesen seien. Auch bei vollständiger Verwendung von synthetischen oder alternativen Kraftstoffen in der Antriebstechnologie der Flugzeuge werde noch kein wirklich klimaneutraler und nachhaltiger Luftverkehr möglich werden, so die Gewerkschafterin.

Durch die allein technologisch geprägte Schwerpunktsetzung habe die Bundesregierung eine große Chance vertan. Damit hätte sie wichtige Rahmenbedingungen ignoriert, die für einen nachhaltigen Umbau des Luftverkehrs erforderlich seien. Die Regierung ignoriere damit zudem die Interessen der Beschäftigten im Luftverkehr, ihre Arbeitsbedingungen und den Druck, der auf ihnen lastet, erklärte Behle.

Ihrem Motto „Luftfahrt innovativ und klimaneutral“ sei die Konferenz damit nicht gerecht geworden. Für einen klimaneutralen und nachhaltigen Luftverkehr seien Innovationen und Investitionen in allen Bereichen des Luftverkehrs, an den Flughäfen, auf dem Vorfeld, bei der Vernetzung der Verkehrsträger wie auch bei den Airlines notwendig. So sei insbesondere im Betrieb der Flughäfen und der Bodenverkehrsdienste eine Vielzahl von Maßnahmen möglich und auch erforderlich, um den Luftverkehr klimaneutral gestalten zu können.

Dazu würden beispielsweise die Umstellung der Fahrzeuge auf dem Vorfeld auf Elektroantriebe, der Ausbau von Photovoltaikanlagen an den Flughäfen, die Vermeidung von Kerosindämpfen und Triebwerksölen und die flächendeckende Elektrifizierung des Vorfeldes gehören. Auch ein Verbot von Privatflie-

gern, sofern nicht klimaneutral möglich, sollte auf die politische Tagesordnung. Der spezifische CO₂-Ausstoß pro Passagier*in sei bei Privatflügen 50mal so hoch wie bei der Nutzung von Linienfliegern.

„Nur mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Investitionen kann es gelingen, den Luftverkehr in seiner Gesamtheit klimaneutral zu gestalten“, betont die ver.di-Vize. „Elementare Bedeutung für diesen Transformationsprozess haben dabei motivierte und qualifizierte Beschäftigte. Sie sind es, die mit ihrer Arbeit einen sicheren und möglichst zuverlässigen Luftverkehr gewährleisten und den Umbau im Detail bewerkstelligen müssen.“ Über 20 Jahre Lohndumping durch Deregulierung und Liberalisierung hätten jedoch dazu geführt, dass die Arbeitsbedingungen im Luftverkehr in vielen Bereichen äußerst unattraktiv geworden seien.

Verlässliche Unterstützung

JOBCENTER – Perspektiven für Langzeitarbeitslose nicht verschlechtern

(pm) Die Bundesregierung plant, die Mittel für Jobcenter um 700 Millionen Euro zu kürzen. DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel warnte vor diesem Schritt in einer Zeit, in der die Perspektiven für Arbeitssuchende wieder schlechter werden. Sie befürchtet bald eine Million Langzeit-

arbeitslose. Bleibe die Regierung bei ihrem Plan, hieße das für alle, die bereits arbeitslos sind oder künftig ihren Job verlieren weniger Hilfe, weniger Weiterbildung, und damit weniger Aussicht, auf dem Arbeitsmarkt schnell wieder Fuß zu fassen. „Betroffene brauchen verlässliche

Unterstützung, damit sie dem Arbeitsmarkt nicht dauerhaft verloren gehen. Sparpläne für die Förderung passen nicht zu steigenden Arbeitslosenzahlen und erst recht passen sie nicht zu den ständigen Klagen über fehlende Fach- und Arbeitskräfte“, sagte Piel in einer Pressemitteilung.

Finanzierung sichern

49-EURO-TICKET – Bund muss sich an gestiegenen Kosten beteiligen

(pm) Ende September stand bei einer Sonder-Verkehrsmittelminister*innenkonferenz die Finanzierung des Deutschlandtickets auf der Tagesordnung. Bundesverkehrsminister Volker Wissing, FDP, nahm an der Videokonferenz nicht teil. Er hatte in der Vergangenheit Gespräche über eine stärkere Beteiligung des Bundes abgelehnt. Die wird notwendig, weil die Kosten insgesamt gestiegen sind. Die Länder warnten andernfalls vor einem Aus des 49-Euro-Tickets im kommenden Jahr.

Für die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle ist das

Deutschlandticket ein „wichtiger Baustein des ÖPNV.“ Es müsse stabilisiert werden. „Das wird nur mit einer dauerhaften Finanzierungszusage von Bund und Ländern für den Verlustausgleich funktionieren“, so Behle weiter. Man könne es sich nicht leisten, jedes Jahr den Eieranzug zu wiederholen, den es bei der Einführung um die Finanzierung gegeben habe. „Wenn die Politik hier über Wochen hinweg laviert, führt das zu Verunsicherung und Stillstand im ÖPNV. Wir brauchen jetzt aber alle Kraft, um die Mobilitätswende und das Ziel der Verdoppe-

lung des ÖPNV bis 2030 anzupacken“, warnte sie.

Schließlich lägen mit dem durch unattraktive Arbeitsbedingungen angetriebenen Arbeits- und Fachkräftemangel im ÖPNV und mit dem überfälligen Ausbau- und Modernisierungspakt zwei große ungelöste Aufgaben auf dem Tisch, die längst hätten angepackt werden müssen. Außerdem erwarte ver.di, dass das Deutschlandticket nun auch weiterentwickelt werde, so Behle weiter: „Gemeinsame Lösungen für Familien oder für Studierende sind überfällig.“



ANDREA KOCISIS IST DIE STELLVERTRETENDE VER.DI-VORSITZENDE UND LEITERIN DES FACHBEREICHS POSTDIENSTE, SPEDITIONEN, LOGISTIK

Faschos tanzen auf Tischen

POLITISCHE BILDUNG – Entwurf des Bundeshaushalts sieht Mittelkürzungen vor

(fs) Politische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Doch Demokratie will gelernt sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) unterstützt Bürger*innen. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. So steht es im entsprechenden Erlass des Bundesinnenministeriums aus dem Jahr 2001. Dafür wird sie von der Bundesregierung mit jährlich rund 96 Millionen Euro gefördert.

Doch ausgerechnet in Zeiten von wachsendem Extremismus und gesellschaftlicher Spaltung plant die Regierung, dem Institut ein Fünftel des Etats, etwa 20 Millionen Euro, zu streichen. Dabei hatten SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag politische Bildung und Demokratieförderung als zentrale Aufgaben hervorgehoben, wollten

sogar Projektmittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen.

Dramatische Spaltung

„Die Faschos tanzen auf den Tischen – und die Bundesregierung streicht die Demokratieförderung zusammen, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke beim ver.di-Bundeskongress. Er machte auf die dramatische Spaltung der Gesellschaft, Hetze und eine gezielte und systematische Verrohung des politischen Diskurses aufmerksam. Die Kolleg*innen in den Dienststellen

Unter dem **#politischebildungstärken** erzählen Mitglieder des Bundesausschuss Politische Bildung e.V., wie sich die geplanten Kürzungen auf ihre Bildungsarbeit auswirken würden. Die Statements verdeutlichen, warum politische Bildung wichtig ist und es sie braucht.

und Betrieben seien es, die täglich die Demokratie verteidigten.

Und dabei werden sie durch zahlreiche politische Bildungsangebote, Seminare und Trainings unterstützt und gestärkt. Doch etliche Programme und Angebote zur Demokratieförderung vieler gemeinnütziger Anbieter in diesem Bereich müssten nun nach den Plänen von Nancy Faeser gestrichen werden. Denn die bpb unterstützt mit ihren Finanzmitteln auch Angebote gemeinnütziger Organisationen in diesem Bereich.

Kritik von vielen Seiten

Die Pläne der Ministerin stoßen auf harsche Kritik von vielen Seiten. Auch aus den eigenen Reihen der Koalition. Über den Haushalt muss noch der Bundestag entscheiden. An der Planung kann sich also noch etwas ändern, Widerstand ist nicht zwecklos.

REDE

Finanzierung regeln

„(...) Die Kosten für die Zustellung von Briefen und Paketen sind deutlich gestiegen. Auch durch den Tarifaabschluss, den wir gemeinsam Anfang des Jahres erkämpft haben. Er ist und bleibt einer der höchsten Tarifaabschlüsse in diesem Land und den haben wir zusammen durchgesetzt, Kolleginnen und Kollegen. Dieses Tarifiergebnis kostet allein in diesem Jahr 750 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Und wir brauchen auch in Zukunft ordentliche Tarifaabschlüsse, damit ihr euer Leben finanzieren könnt. Da kann nicht gespart werden, Kolleginnen und Kollegen. Und wir brauchen auch gute Tarifaabschlüsse und gute Arbeitsbedingungen, weil in Zeiten des Arbeitskräftemangels neue Beschäftigte bei der Post erst dann anfangen zu arbeiten, wenn die Bedingungen attraktiv sind. Und die brauchen wir auch, damit sie euch dauerhaft unterstützen im Betrieb. (...) Auch die Finanzierung muss im neuen Postgesetz geregelt werden. (...)“

Auszug aus der Rede von Andrea Kocsis am 9. Oktober bei der Kundgebung in Berlin

Rechtspopulisten gewinnen Stimmen

LANDTAGSWAHLEN – In Bayern und Hessen bleibt Union stärkste Partei

(hla) In Bayern und in Hessen wurden am 8. Oktober neue Landtage gewählt. In beiden Bundesländern konnten Unionsparteien eine deutliche Stimmenmehrheit erringen: Die CDU mit Boris Rhein in Hessen, die CSU mit Markus Söder in Bayern. Während die CDU in Hessen noch um 7,6 Prozentpunkte zuge-

legt hatte, kam sie in Bayern auf ihr bislang schlechtestes Ergebnis mit 37 Prozent. Das sind 0,2 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren.

Ampel verliert

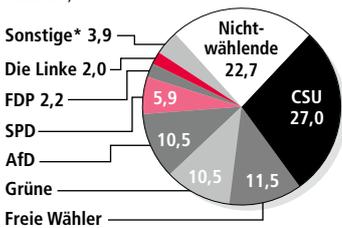
Verloren haben in beiden Bundesländern die Ampelparteien, in Bayern reichte es für die FDP nicht zum Wiedereinzug in den Landtag. Aus der Partei wurden bereits am Wahlabend Stimmen laut, sich jetzt noch stärker auf das eigene Profil zu besinnen. Das lässt noch mehr Streit in der Regierung befürchten.

In beiden Bundesländern konnte die AfD starke Gewinne verbuchen. In Hessen ist sie zweitstärkste Kraft im Landtag geworden und damit wahrscheinlich die stärkste Oppositionspartei. In Bayern konnten auch die Freien Wähler Zugewinne verbuchen. Die bleiben zweitstärkste Kraft im Landtag. Damit wird klar, dass die „Flugblattaffäre“ dem Spitzenkandidaten Hubert Aiwanger nicht geschadet hat. Er konnte sich

sogar ein Direktmandat in den Landtag sichern. Damit zeigt sich auch, dass die Rechtspopulisten weiter auf dem Vormarsch in die Parlamente sind, in denen sie ihre Positionen weiter ausbauen können. Die Koalitionsverhandlungen werden in den kommenden Wochen zeigen, welche Regierungsmehrheiten sich finden werden.

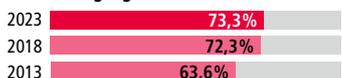
Wahl zum Bayerischen Landtag 2023

Die realen Stimmenanteile (in Prozent aller Stimmen)



*darunter Tierschutzpartei, Volt, Die Partei, dieBasis

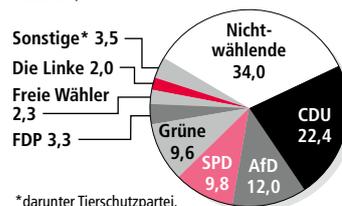
Wahlbeteiligung



Quelle: Landeswahlleitung Bayern, eigene Berechnungen; Vorläufiges Ergebnis

Wahl zum Hessischen Landtag 2023

Die realen Stimmenanteile (in Prozent aller Stimmen)



*darunter Tierschutzpartei, Volt, Die Partei, dieBasis

Wahlbeteiligung



Quelle: Landeswahlleiter Hessen, eigene Berechnungen; Vorläufiges Ergebnis

Generelle Genehmigung

SOZIALE SELBSTVERWALTUNG – *Teilnahme an Fortbildungen erleichtern*

(hla) Im Frühjahr wurden im Rahmen der Sozialwahlen bei den gesetzlichen Krankenkassen, der Rentenversicherung und der Unfallkassen neue Versichertenvertreter*innen gewählt. Derzeit konstituieren sich die Gremien neu. Für die Selbstverwalter*innen ist es wichtig, sich fortzubilden, damit sie ihre Aufgaben auch im Sinne der Versicherten erfüllen können.

Mit dem Modernisierungsgesetz für die Sozialversicherungswahlen gibt es in Paragraf 40, Absatz 3 des Sozialgesetzbuches (SGB) IV jetzt eine Regelung für die Mitglieder der sozialen Selbstverwaltung, nach der sie Anspruch auf Fortbildungsmaßnahmen haben. „Allerdings ist diese Regelung zeitraubend und nicht sehr flexibel“, sagt Axel Schmidt, der bei ver.di für die Sozialwahlen zuständig ist. Bei der Rentenversicherung und bei den Unfallkassen

müssen diese Maßnahmen vom Vorstand der Vertreterversammlung vorgeschlagen werden. Diese muss sie dann genehmigen. Bei den gesetzlichen Krankenkassen muss der Verwaltungsrat Maßnahmen vorschlagen und genehmigen. Da diese Gremien zum Teil nur einmal im halben Jahr tagen, kann viel Zeit vergehen.

Daher rät Schmidt, dass die Selbstverwaltungen einen Beschluss fassen sollen, der bestimmte definierte Themen generell als Fortbildungsmaßnahme genehmigt. Dazu zählt er unter anderem

- Sozialrechtliche Themen wie aktuelles Sozial- und Unfallversicherungsrecht oder Selbstverwaltungs- und Sozialwahlrecht
- Wirtschaftliche Themen, die einen Bezug auf das Sozial- und insbesondere das Unfallversicherungsrecht haben

- Sozialpolitische Themen, die einen aktuellen sozialpolitischen Bezug der Krankenversicherung, Renten- oder Unfallkasse haben
- Maßnahmen zu den Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Tätigkeit
- Maßnahmen, in denen Erfahrungen zu der Arbeit in den Selbstverwaltungsgremien ausgetauscht werden (Best-Practice)

Die Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsberufe und Wohlfahrtspflege (BGW) hat als erste einen solchen Beschluss gefasst. So sollen Mitgliedern die Auswahl von und die Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen erleichtert werden. Axel Schmidt hofft, dass jetzt noch weitere Vertreterversammlungen und Verwaltungsräte diesem Beispiel folgen.

TARIFLICHES

TAGESZEITUNGEN – (pm) ver.di lehnt das vom Zeitungsverlegerverband BDZV unterbreitete Tarifangebot zur Verlängerung der Laufzeit und Zuschusszahlungen für Redakteur*innen und arbeitnehmerähnliche freie Journalist*innen. Dieses Angebot hatte der BDZV zuvor mit dem Deutschen Journalisten Verband (DJV) ausgehandelt. Beide Verbände hatten während eines laufenden Gehalts- und Honorarabschlusses vereinbart, dass das ursprünglich vorgesehene Ende der Laufzeit von April 2024 um acht Monate nun bis Ende 2024 verlängert werden soll. Im Gegenzug sollen sozialversicherungs- und steuerfreie Zuschüsse von bis zu 120 Euro je Monat an Zeitungsjournalist*innen gezahlt werden.

„Mit einem Inflationsausgleich hat die Einigung des Verlegerverbandes mit dem DJV nichts zu tun.

Während die Lebenshaltungskosten seit Januar 2022 um etwa 12 Prozent gestiegen sind, gleicht die nun zur Rede stehende Zuschusszahlung zusammen mit der Tarifsteigerung den Reallohnverlust nicht annähernd aus“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz. Dass auch noch die Laufzeit von zuvor 28 Monaten auf dann insgesamt 36 Monate ausgedehnt werden soll, mache dieses Vorgehen tarifpolitisch endgültig rätselhaft. Statt zu einem Zuschuss werde die für Verlage von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung befreite Zahlung zu einem Minusgeschäft für die Beschäftigten. Gute Tarifergebnisse sähen anders aus.

Die ver.di-Tarifkommission hat sich eindeutig gegen die Einigung von DJV und BDZV ausgesprochen und lehnt eine damit verbundene Friedenspflicht bis Ende 2024 ab.

Ein um über 8 Prozent hinter der Inflation herhinkender Tarifabschluss durch eine Zahlung von 120 Euro pro Monat würde die Inflation nicht mal zur Hälfte ausgleichen.

MEHR ZEIT UND INFLATIONS-AUSGLEICH/PARITÄTISCHER BADEN-WÜRTTEMBERG

– (pm) ver.di konnte sich Mitte September mit dem Arbeitgeberverband des Paritätischen für Baden-Württemberg auf einen neuen Tarifvertrag verständigen. Die Arbeitszeit wird auf 39 Stunden pro Woche und ab dem 58. Lebensjahr auf 37,5 Stunden festgelegt. Die Beschäftigten erhalten bis Mitte 2024 zudem einen Inflationsausgleich in Höhe von insgesamt 3000 Euro. Der Paritätische Tarifgemeinschaft e.V. hat aktuell über zehn tarifgebundene Mitglieder aus dem Wohlfahrtsbereich mit insgesamt rund 2500 Beschäftigten.

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWÖRTLICH), FANNY SCHMOLKE, RITA SCHUHMACHER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 16 ERSCHEINT

AM 4. NOVEMBER 2023

verdi.de

**MITBESTIMMEN.
MITGESTALTEN.**

Mit »Gute Arbeit«, der Zeitschrift für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung.



Zwei Ausgaben gratis testen!



Eure Vorteile auf einen Blick:
– 11-mal im Jahr, als Print+Digital oder Digital-Ausgabe
– Regelmäßiger Newsletter
– Barrierefreies ePaper
– Zugriff auf das Online-Archiv

Jetzt 2 Ausgaben gratis testen: www.gutearbeit-online.de/verdi

Fahrer beenden ihren Protest

LOGISTIK – *Polnischer Unternehmen zieht Anzeige zurück, Fahrer bekommen ihr Geld*

(pew) Nach zehn Wochen ist der Protest der überwiegend usbekischen und georgischen LKW-Fahrer auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen in Hessen beendet. Sie hatten gestreikt, weil ihr Auftraggeber, das polnische Unternehmen Mazur, ihnen schon teils seit Monaten keinen Lohn mehr bezahlt hatte. Von den 160 Fahrern warteten zuletzt noch rund 80 Fahrer auf ihr Geld, die Hälfte von ihnen war zwischenzeitlich in den Hungerstreik getreten. Es ging um ausstehenden Lohn in einer Gesamthöhe von mehr als einer halben Million Euro.

Bereits im Frühjahr hatten in Gräfenhausen rund 60 Fahrer, die

ebenfalls für das polnische Unternehmen Mazur fahren, gestreikt. Für die zuletzt protestierenden Fahrern ist nun vorerst eine Lösung gefunden. Der niederländische Gewerkschafter Edwin Atema, der wie schon im Frühjahr von den Fahrern zu ihrem Verhandlungsführer ernannt wurde, sagte Ende September, der polnische Spediteur habe seine Strafanzeige wegen Erpressung zurückgezogen. Er habe er schriftlich zugesichert, dass er seine Ansprüche gegen die Fahrer zurücknehme und auch künftig keine Ansprüche in Deutschland oder in anderen Ländern gegen die Fahrer erheben wolle, so Atema.

Atema berichtete zudem, die Fahrer erhielten nun auch Geld, lediglich zur Höhe äußerte er sich nicht. „Für die Fahrer geht ein mutiger, langer und verzweifelter Kampf zu Ende, der einmal mehr ein erschreckendes Licht auf die Arbeitsbedingungen auf Europas Straßen geworfen hat“, hieß es beim DGB im Bezirk Hessen-Thüringen. Eine Fortsetzung der Ausbeutung auf den Straßen Europas ließe sich nur verhindern, wenn die Einhaltung bestehender Regeln konsequent überprüft würden.

ver.di hatte kurz vor dem Ende des Protests ein Eingreifen der Kontrollbehörden gefordert, um die Situation der LKW-Fahrer auf der Raststätte aufzulösen.



HEIKE LANGENBERG
IST DIE VERANTWORTLICHE
REDAKTEURIN DER
„VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Mehr Kontrollen

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr haben LKW-Fahrer wochenlang auf der Raststätte Gräfenhausen an der A5 gestreikt. Denn sie bekamen ihren Lohn von ihrem Auftraggeber, dem polnischen Unternehmen Mazur, nicht ausbezahlt. Ein direktes Eingreifen der deutschen Politik war nicht möglich, denn für sie galten in diesem Fall polnische Gesetze. Allerdings sind verstärkte Kontrollen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nötig. Denn mit dem Lieferkettensorgfaltsgesetz sind durchaus Möglichkeiten gegeben, hier einzugreifen. Es verpflichtet Auftraggeber, zu denen in diesem Fall auch namhafte deutsche Unternehmen gehörten, entlang der Lieferketten für gute Arbeitsbedingungen und damit auch für korrekte Bezahlung zu sorgen. Es kann nicht sein, dass Fahrer – in diesem Fall überwiegend aus Usbekistan und Georgien – noch nicht einmal ihre Billiglöhne bekommen, damit sie Waren günstig von A nach B transportieren und davon auch die deutschen Unternehmen profitieren.

Ruinöser Wettbewerb um den niedrigsten Preis

WEITERBILDUNGSTAG – *Bühler sieht Verantwortung bei Politik und Arbeitgebern*

(pm) Zum Weiterbildungstag Ende September hat ver.di Beschäftigte in der Weiterbildung zu Aktionen aufgerufen. Mit Fotoaktionen, Versammlungen und anderen Aktivitäten protestierten sie für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Kürzungen, die etwa im Bereich der politischen Bildung drohen (siehe dazu auch Bericht auf Seite 3).

„Die sozial-ökologische Transformation gelingt nur mit guten Weiterbildungsangeboten“, stellte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler klar. So könnten Beschäftigte für Aufgaben qualifiziert und berufliche und soziale Teilhabe gesichert werden.

Eine zentrale Voraussetzung dafür seien gute Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung. Befristun-

gen, niedrige Löhne und schlecht bezahlte Honoraraufträge seien in der Branche weit verbreitet. Das sei auch eine Folge des ruinösen Wettbewerbes um den niedrigsten Preis in der öffentlich geförderten Weiterbildung. Bühler sieht Politik und Arbeitgeber in der Verantwortung, die Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung zu verbessern.

Pflege insgesamt stärken

PFLEGESTUDIUM – *Attraktivität der Ausbildung in der Pflege insgesamt verbessern*

(pm) ver.di begrüßt den Plan, mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz das Pflegestudium zum dualen Studium weiterzuentwickeln. „Es braucht aber auch ein starkes Signal für die berufliche Pflege, hier muss nachgebessert werden“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. ver.di habe lange dafür geworben, das Pflegestudium nah an der Praxis, mit betrieblicher Anbindung und angemessener Vergütung zu gestalten. Es sei gut, dass das jetzt umgesetzt werde. Die Ausbildungsvergütung für die gesamte Dauer der Ausbildung mache das Pflegestudium attraktiver und helfe den Studierenden, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Praxisanleitung verbessern

Allerdings müsse zudem dringend die berufliche Pflegeausbildung verbessert werden, um die Attraktivität der Pflegeausbildung insgesamt zu erhöhen. „Der Schlüssel für gute Ausbildung ist die Stärkung der Praxisanleitung“, erklärte Bühler. Die Vorgabe im Pflegeberufgesetz von zehn Prozent geplanter und strukturierter Praxisanleitung stehe oft nur auf dem Papier. Daher müssten Verstöße sanktioniert werden. Zudem plädierte sie für eine Erhöhung auf 30 Prozent, die auch im Pflegestudium gelten müsse. Dafür solle der Bundestag die gesetzliche Grundlage schaffen.

Keine Konkurrenz schaffen

Nachbessern müsse der Gesetzgeber auch bei der Abgrenzung von hochschulischer und beruflicher Pflegeausbildung. „Es braucht ein sinnvolles Mit- und Nebeneinander von beruflich und hochschulisch qualifizierten Pflegekräften. Sonst besteht die Gefahr einer Abwertung der beruflichen Pflege, dazu darf es keinesfalls kommen“, betonte Bühler. Sowohl beruflich als auch hochschulisch qualifizierte Pflegekräfte müssten auch künftig in der Lage sein, hochkomplexe Behandlungen durchzuführen und zu steuern. Es gelte, die Pflege insgesamt zu stärken.“

Terror nicht zu rechtfertigen

ISRAEL – ver.di-Vorsitzender versichert Gewerkschafter*innen Solidarität

**Jahrelanger
Kampf gegen
Unrecht im Iran**

(red.) Mitte September wurde die iranische Schauspielerin Shole Pakravan vom Bundesverband Schauspiel und der ver.di-Filmunion mit dem Deutschen Fairnesspreis 2023 ausgezeichnet. Unter dem Motto „Mut und Tapferkeit im Iran“ wurde am Vorabend des Todestages der jungen kurdisch-stämmigen Iranerin Jina Mahsa Amini, nicht nur Shole Pakravan als Person geehrt, sondern zugleich auch den tausenden mutigen Iraner*innen, die sich gegen ein menschenrechtsverachtendes Regime auflehnen, großer Respekt gezollt. Pakravan kämpft seit Jahren gegen Unrecht wie es gegen ihre Tochter, Reyhaneh Jabbari, verübt wurde. Im Jahr 2014 richtete das iranische Regime die damalige 26-Jährige hin, nachdem sie am Ende eines unfairen Gerichtsprozesses zum Tode verurteilt wurde, weil sie einen ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter, der sie vergewaltigen wollte, in Notwehr erstochen hatte. Jahrelang kämpfte Shole gegen das Urteil an. Ihre Tochter wurde dennoch hingerichtet, Sholes Kampf gegen Unrecht geht weiter.

(fs) Im Namen des Bundesvorstands hat der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke Anteilnehmende Worte an die israelische Gewerkschaft UCAPSE (Union of Clerical, Administrative and Public Service Employee) gesendet. Er schreibt an deren Vorsitzenden Gil Bar-Tal und seine Kolleg*innen, dass ver.di zutiefst entsetzt sei über die „abscheulichen terroristischen Angriffe der Hamas

auf Israel mit den vielen Toten, Verletzten und gewaltsam verschleppten Menschen. Unser aufrichtiges Beileid und unser Mitgefühl gilt den vielen Opfern und ihren Familien und Freunden“, so Werneke in dem Schreiben.

Der Terror gegen Israel sei durch nichts zu rechtfertigen, so Frank Werneke weiter. Erst vor wenigen Wochen trafen er und Gil Bar-Tal

von UCAPSE auf dem ver.di-Bundeskongress und dem UNI-Weltkongress zusammen: „Es macht uns fassungslos, Euch nun in einer solchen Situation zu wissen. Unsere Gedanken sind in diesen schweren Stunden bei Euch und wir hoffen, ihr seid in Sicherheit.“ Werneke versicherte den israelischen Gewerkschafter*innen, ver.di stehe solidarisch an ihrer Seite.

Verstoß gegen internationales Recht

GROSSBRITANNIEN – Gewerkschaften kündigen erneut Widerstand gegen Anti-Streik-Gesetze an

(red.) Der britische Gewerkschaftsbund TUC hat im September erneuten Widerstand gegen die neuen Anti-Streik-Gesetze angekündigt. Die Gewerkschaften haben die Auseinandersetzung über das Streikrecht mit der konservativen Regierung verschärft und bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Beschwerde über neue Gesetzesvorgaben aus London eingereicht. Der TUC wirft

der Regierung den Bruch internationalen Rechts vor. Konkret geht es um die Anti-Streik-Gesetze, die seit dem Sommer in Kraft sind und von den Arbeitnehmer*innen verlangen, auch bei Streiks eine Mindestversorgung in Schlüsselbranchen sicherzustellen. Er sieht darin eine unzulässige Einschränkung des Streikrechts.

Die Regierung des konservativen Premiers Rishi Sunak beharrt dar-

auf, dass die verschärften Regeln zum Schutz der Bevölkerung notwendig seien. „Die ILO hat der britischen Regierung bereits eine Ohrfeige verpasst und sie aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bestehende und künftige Gesetze mit den ILO-Normen in Einklang stehen“, sagte TUC-Chef Paul Nowak beim Gewerkschaftstag seiner Organisation in Liverpool.

Ansprechperson für Neueingestellte

VERTRAUENSLEUTE – Zwei Rollen, eine Person

Christian Böttcher ist Notfall-sanitäter beim Kreisverband Rotenburg an der Fulda e.V. DRK und Vertrauensmann.

„Im November 2022 wurde der Insolvenzantrag durch den Vorstand gestellt. Finanzielle Schwierigkeiten sind für uns nichts Neues, seit 2010 ist immer wieder davon die Rede. Die Stimmung ist im Laufe der Zeit immer schlechter geworden. In dieser unsicheren Situation kündigen auch viele Beschäftigte, nehmen lieber andere, sicherere Stellen. Für die verbleibenden bedeutet das weitere Arbeitsverdichtung. Der Krankenstand ist hoch.

Ich habe mich 2016 entschlossen, als Betriebsrat auch Vertrauensmann zu werden. Ich war zu dieser Zeit auch schon Mitglied unserer Bundestarifkommission. Ich bin als Vertrauensmann das Gesicht von ver.di im Betrieb. Ich bin Ansprechperson für Neueingestellte, beantworte Fragen zur Höhergruppe-

runge, zum Tarifvertrag, zu Kündigungsfristen. Dabei war es beim DRK nicht immer einfach, für ver.di zu werben.

2006 hat ver.di den DRK-Reformtarifvertrag ausgehandelt, der war schlechter als der zuvor gültige DRK-Tarifvertrag, der stark an den Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) angelehnt war. Das hat man ver.di übelgenommen. 2016 hat ver.di dann erstmals die Mitglieder bei uns nach ihren Forderungen gefragt. In der Tarifrunde wurde durchgesetzt, dass die Arbeitszeit im Rettungsdienst schrittweise von 48 auf 45 Wochenstunden reduziert wurde. Jetzt soll sie in den nächsten Jahren sogar Schritt für Schritt auf 42 Stunden verringert werden.

Den Kolleg*innen hier ist es egal, ob ich Vertrauensmann oder Betriebsrat bin. Ich weiß aber schon, dass das zwei verschiedene Rollen sind. Nicht alle Infos, die ich als Betriebsrat bekomme, darf ich als Ver-

trauensmann verwenden. Ich muss als Betriebsrat neutraler sein, als Vertrauensmann bin ich Ansprechperson von ver.di. Da wir aber bei Zwölf-Stunden-Schichten auch viel Arbeitsbereitschaft haben, habe ich genug Zeit, mit den Kolleginnen und Kollegen zu sprechen. Ich bin zudem eine strittige Person im Betrieb, sage meine Meinung. Das kommt beim Arbeitgeber nicht gut an, aber meine Kolleg*innen mögen das.“

Mehr Infos zur VL-Arbeit unter t1p.de/verdi-vertrauensleute

Aktiv in ver.di

Du bist aktiv für ver.di in der VL-Arbeit? Oder bei Dir im Betrieb gibt es aktive Vertrauensleute? Dann melde Dich gerne bei uns. Für die ver.di-Medien suchen wir immer Beispiele engagierter Kolleg*innen. Kontakt unter verdi-news@verdi.de oder 030-6956-1069

Nachhaltige Organisation

SACHGEBIET H – Organisationspolitik und -entwicklung

Auch Sachgebiet H wurde über den überwiegenden Teil der Anträge en bloc abgestimmt. Mit dabei waren viele, mit denen sich der Gewerkschaftsrat bzw. der Bundesvorstand bis zum nächsten Kongress beschäftigen müssen.

Dazu zählt etwa die Überprüfung und Anpassung der Streikgeldrichtlinie des Gewerkschaftsrats für Teilzeitbeschäftigte und untere Entgeltgruppen (H009). Der Gewerkschaftsrat soll bis zum nächsten Kongress eine Satzungsänderung vorschlagen, die die Teilung von Führungspositionen im Haupt- und Ehrenamt möglich macht (H030).

Der ver.di-Bundesvorstand muss sich mit der Stärkung der Vertrauensleitarbeit in ver.di beschäftigen (H001), der priorisierten Auszahlung von Streikgeld an Azubis und Kolleg*innen mit niedrigen Einkommen (H015) und auch der Mög-

lichkeit von digitalen Urabstimmungen und Rückurabstimmungen (H016). Er soll auch die Notwendigkeit und Effizienz von Orgawahlen (H026) prüfen und Transparenz über den Umgang mit BuKo-Beschlüssen (H024) schaffen.

In vielen Anträgen ging es auch um den Erhalt des ver.di-Bildungszentrums Saalfeld, deren Mietvertrag jüngst bis 2027 verlängert worden ist (H080). Auch damit soll sich der Bundesvorstand beschäftigen, denn es ist das einzige ver.di-Bildungszentrum in Ost-Deutschland. Ebenfalls soll er ein Gesamtkonzept für Bildungsarbeit (H093), für den Ausbau politischer Bildungsarbeit in Betrieben (H094) sowie für die Ausbildung migrantischer Teamender (H095) erarbeiten.

Mit dem Beschluss H006 macht sich ver.di auf den Weg zur Zertifizierung als nachhaltige Organisa-

tion. Um Nachhaltigkeit ging es auch bei weiteren Beschlüssen, mit deren Umsetzung der ver.di-Bundesvorstand sich noch beschäftigen muss: Dazu zählen etwa keine Verwendung von Einweggeschirr (H168), die Nachhaltigkeit bei Konferenzen oder Werbemitteln bis hin zu veganem Essen als Standard. Zudem soll er ein Konzept für die Kinderbetreuung bei ver.di-Seminaren und -Gremien entwickeln (H182).

Um Frauen in ver.di zu stärken, hat der Kongress beschlossen, Formate, Strukturen und Angebote zu schaffen, um Frauen möglichst niedrigschwellig in allen Lebensabschnitten einzubinden (H046). Zudem müssen ver.di-Gremien jetzt vor der Verabschiedung und Beratung ihrer Geschäftsordnung diskutieren, ob es eine quotierte Redeliste geben soll (H027).

SACHGEBIET C

Klare Ziele

Im Bereich Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik wurden zahlreiche Anträge en bloc angenommen, der Leitantrag und weitere Anträge mit Wortmeldungen an den Gewerkschaftsrat überwiesen. Mit der Annahme des Antrags C 008 „Kommunaler öffentlicher Dienst in der Krise – Daseinsvorsorge und Demokratie in Gefahr“ wurde beschlossen, dass ver.di aktiv und nachdrücklich Maßnahmen zur Bewältigung der Krise im kommunalen öffentlichen Dienst unterstützt. Dem schließt sich der Antrag C 014 „Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren“ an. Gefordert wurde auch ein stärkerer Schutz von Beschäftigten in öffentlichen Bädern und die Aufrechterhaltung dieser Einrichtungen (C016). ver.di setzt sich außerdem für eine ökologische Finanzwende ein, die auch sozial ausgerichtet ist (C047). Die Steuerklasse V soll ersatzlos gestrichen werden (C052). Betriebs- und Personalräte sollen künftig in der Mitbestimmung Nachhaltigkeit mitdenken, gleiches gilt auch bei Tarifverhandlungen (C083).

Gewerkschaftliches Selbstverständnis

SACHGEBIET F – Bildungspolitik und berufliche Bildung

Der Antrag F 021 „Hans-Böckler-Stiftung“ besagt, dass sich ver.di als Gesamtorganisation in Zusammenarbeit mit dem DGB über die entsprechenden Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) dafür einsetzt, „dass eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für ein Stipendium bei der HBS für die Auswahl maßgeblich ist“. In einer enga-

gierten Diskussion berichteten verschiedene Delegierte von ihren Erfahrungen, dass aktuell viele Stipendiat*innen in der HBS keine Gewerkschaftsmitglieder seien und kein gewerkschaftliches Selbstverständnis hätten. Die Delegierten überwiesen den Antrag als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll reformie-

ren werden (F023), der Zugang zu Bildung frei bleiben (F 029). Der Antrag F 030 „Frühkindliche Bildung – Moratorium sofort!“ wurde als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand überwiesen. Das Berufsbildungsgesetz soll so geändert werden, dass Ausbilder*innen nicht mehr als 16 Azubis/Dual Studierende in einer Gruppe unmittelbar selbst ausbilden (F 049).

Gesundheitswesen ist Sache des Sozialstaats

SACHGEBIET J – Anträge zur Branchen-, Konzern- und Unternehmenspolitik

Über die meisten Anträge im Sachgebiet J – Branchen-, Konzern- und Unternehmenspolitik – wurde en bloc abgestimmt. Mit den restlichen wird sich der Gewerkschaftsrat beschäftigen, denn dazu waren Redebeiträge angemeldet. Darin geht es unter anderem um „Freie Kulturvermittler*innen in die Künstlersozialkasse“ (J 004) oder „Personalmangel und Personalbedarf im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und der Gemeinden“ (J 038) oder „Jugendämter in Not!“ (J 049).

Einer der Anträge fordert, dass das Gesundheitswesen nicht dem Markt überlassen werden dürfe (J 015). Vielmehr sei es eine zentrale Aufgabe des Sozialstaates, sicherzustellen, dass alle kranken Menschen bedarfsgerecht und würdevoll behandelt, gepflegt und versorgt werden: „ver.di spricht sich für eine duale Krankenhausfinanzierung mit massiv gesteigerten öffentlichen Investitionsmitteln und für einen strikten Verzicht auf privates Kapital aus.“

Ebenso unter den angenommenen Anträgen war der J 005, der besagt, dass sich ver.di dafür einsetzt, dass der massive Stellenabbau in den Sparkassen und Banken zurückgefahren wird, Schließungen umgehend gestoppt werden und sie ihrer Aufgaben der persönlichen Kundenbetreuung wieder gerecht werden können. Und auch der Antrag J 048 „Mehr Retter! Für Gute Arbeit bei Feuerwehren und im kommunalen Rettungsdienst“ wurde angenommen.

Nachlese

Alles, was wir rund um den Kongress berichtet haben, kann unter bundeskongress.verdi.de nachgelesen werden.

Leitantrag überwiesen

SACHGEBIET B – Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik

Den Leitantrag aus diesem Sachgebiet konnten die Delegierten nicht mehr diskutieren, er wurde an den Gewerkschaftsrat überwiesen. En bloc angenommen wurde hingegen die Forderung nach einer kostenfreien Nutzung auch von ICs und ICEs für Blinde mit entsprechenden Vermerken im Schwerbehinderten-Ausweis (B006). Die Delegierten verständigten sich auch darauf, die Sozialversicherung für die geschätzt rund 1,8 Millionen Solo-Selbstständigen weiterzuentwickeln (B002). Ergänzend zum Leitan-

trag wurden verschiedene Anträge zum Thema Rente an den ver.di-Bundesvorstand überwiesen. Dabei ging es um die Forderung nach einer Rente wie in Österreich, verbesserten Rentenzahlungen für Frauen, die Erwerbsminderungsrente, Betriebs- und Zusatzrenten.

Die Delegierten fordern auch, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen (B076). Bei Transferleistungen soll gleiches Recht für alle gelten. Menschen, die sich hierzulande um Asyl bewerben, sollen in das reguläre Sozialleistungssystem einbezogen werden. Schließlich gebe es nur eine Menschenwürde.

Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik will ver.di den Strukturwandel begleiten (B083). Außerdem fordert der ver.di-Bundeskongress das Kurzarbeitergeld zu reformieren (B101), damit die Arbeitgeber auf Grundlage des regulären Gehalts Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Zudem sollen Unternehmen, die in Zeiten von Kurzarbeitergeld hohe Gewinne machen, ihre Unterstützung zurückzahlen.

Kostenlos verhüten

ver.di macht sich außerdem in Zukunft für die Ausgabe kostenloser Verhütungsmittel für alle stark (B141). Außerdem soll die

Frauengesundheit stärker in den Fokus von Wissenschaft und Forschung genommen werden (B139).

Sachgebiet S

Einen Tag lang diskutierten die Delegierten Anträge zur ver.di-Satzung. Neben der Schaffung der Personengruppe Queer (ver.di news berichtete) ging es dabei im Wesentlichen um eine Verkleinerung des Bundeskongresses und die Frage, ob man die Zeit zwi-

schen den Kongressen nicht auf fünf Jahre verlängern soll. Beide Themen wurden ausgiebig diskutiert, doch bei beiden Vorschlägen reichte es in der Abstimmung nicht für das für Satzungsänderungen nötige Quorum.

Angenommen wurde der Antrag zur Anpassung der Satzung an die veränderten Fachbereichsstrukturen (S001). Zudem soll die Satzung an die aktuell in ver.di geltende Genderform angepasst werden (S024).

MELDUNGEN

ver.di-Gewerkschaftsrat

Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat zwei Ausschüsse. Und beide sind wichtig. Daher ist es nicht der Haupt- und Finanzausschuss, sondern der Haushalts- und Finanzausschuss, dessen Vorsitzende Isabell Senff jetzt ist. Zur Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats wurde Lisette Horig gewählt. Wer mehr über die neue Frau an der GR-Spitze erfahren möchte, findet in der aktuellen Ausgabe der ver.di publik ein Portrait von ihr mit der Überschrift „Die Bodenständige“.

publik.verdi.de/ausgabe-202306/die-bodenstaendige/

Beauftragte für Kunst und Kultur

Die Musikerin Ina Stock wurde einstimmig zur Beauftragten für Kunst und Kultur gewählt. Sie will sich dafür einsetzen, dass ver.di als Kulturgewerkschaft noch bekannter wird. Sie will, dass eine solidarisch Vernetzung entsteht zwischen den Kunstfachgruppen und allen anderen Bereich und Gruppen in ver.di, sei es bei Aktionen und Streiks oder bei Betriebsgruppentreffen. Stocks weitere Ziele sind die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Kulturbereichen, die von künstlicher Intelligenz gerade massiv bedroht sind, höhere Honorare für Künstler*innen, damit diese von ihrem Beruf leben können, und die soziale Absicherung von Selbstständigen, nicht nur im Kulturbereich.

Geld verdienen

„Und dieser Vorstand wird, wenn er nicht ausreichend Geld mit diesem Geschäft verdient, als erstes an guter Arbeit sparen. Da sind wir uns doch alle zusammen sicher, Kolleginnen und Kollegen.“

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis bei der Kundgebung zur Novellierung des Postgesetzes vor dem Brandenburger Tor